

Abgeordnete stärken Utting den Rücken

Antrag der SPD-Landespolitiker auf Suche nach Alternativstandort für Polizeiboot

Utting/München – Die Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch und Andreas Lotte von der SPD haben beim Bayerischen Landtag einen Antrag gestellt, einen alternativen Standort für das am Dampfersteg in Utting-Holzhausen geplante Bootshaus der Wasserschutzpolizei zu suchen.

Mit einer Länge von knapp einhundert Metern sei der bereits seit 1900 bestehende Dampfersteg „das am weitesten in den See hinausragende Bauwerk der Bayerischen Seenschifffahrt am Ammersee. Die Uferlinie der Holzhausener Bucht gehörte, vom Wasser aus gesehen, zu den schützenswertesten Landschaftsensembles dieser Art. Dieses Bild würde durch das vorgesehene Bootshaus mit seiner großen Kubatur empfindlich und nachhaltig gestört, argumentieren die Antragsteller. Ebenso würde der Bau des Bootshauses ihrer Meinung nach „einen Eingriff in den Landschaftsschutz darstellen“.

Zudem sei der Steg, zusammen mit dem Dorf Holzhausen, eine touristische Attraktion und damit „Einnahmequelle für die Gemeinde Utting“, zu der das Dorf gehört.

Diese aus der Bevölkerung stammenden und nach Meinung der Antragstel-

ler „richtigen Argumente“ hätten dazu geführt, dass das geplante Bauwerk mehrheitlich abgelehnt werde, so dass bereits mehrere Bürgervereinigungen gegen das Projekt vorgingen und der Gemeinderat Utting sich einstimmig dagegen ausgesprochen habe. Daneben seien bereits alternative und sinnvolle Standorte für ein Polizeiboot benannt worden. Zufahrt und Erreichbarkeit des Bootshauses seien durch die baulichen Gegebenheiten der Wege so stark eingeschränkt, dass eine schnelle Erreichbarkeit von der weit entfernten Dießener Polizeistation nicht gegeben sei, so die Abgeordneten.

Parteiübergreifende Kritik

Aufgrund der „massiven und parteiübergreifenden Kritik“ habe Dr. Kränzlein diesen Antrag an den Bayerischen Landtag gestellt und hoffe nun auf eine rasche Behandlung in den dafür zuständigen Gremien, schreibt Philipp Heimerl, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten.

Ob die Regierung von Oberbayern das Bootshaus für das Polizeiboot WSP 7 gegen den Willen vieler Bürger und der Gemeindevertreter von Utting bauen lässt, ist unklar. Bei der Gemeinderatssitzung Mitte Januar bekräftigte

Oberregierungsrat Richard Filser, dass „von allen geprüften Standorten nachweisbar nur der Standort Holzhausen infrage komme“. Dort seien die wenigsten Eingriffe in die Natur erforderlich und einsatztaktisch sei es der beste Platz. Der Uttinger Gemeinderat sieht dies anders. Erstmals votierten die Mitglieder geschlossen für den Antrag der CSU/Bürgerliste. Dieser beauftragt den Ersten Bürgermeister Josef Lutzenberger (GAL), eine Stellungnahme zum beabsichtigten Neubau eines Polizeibootshauses in Holzhausen bei der Regierung von Oberbayern einzureichen. Darin vertritt die Gemeinde die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliege, „weil durch den im Ammersee gelegenen Baukörper die natürliche Eigenart der Landschaft beeinträchtigt, das Landschaftsbild verunstaltet und somit das Ziel der Landschaftsschutzgebiet-Verordnung gefährdet wird.“

ak

AUF GEHT'S ZUM SEEHEN-FRUHSTÜCK AM FREITAG



häckl TREUHAND
STEUERBERATUNGSGESellschaft